WP-01-K3-124-4

Frieden in Freiheit sichern – innen und außen

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

Außerordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Berlin, 26. Januar 2025

Antragsteller*in:	BAG Demokratie & Recht
Beschlussdatum:	07.01.2025

Änderungsantrag zu WP-01-K3

Von Zeile 123 bis 124 einfügen:
Einwanderungsgesellschaft öffnen und die Erinnerung an die Opfer von rechter Gewalt dauerhaft darin aufnehmen. Deshalb sichern wir insbesondere die Finanzierung zur Umsetzung des NSU-Dokumentationszentrums und des Archivs rechte Gewalt mit entsprechender Begleitforschung.

Begründung

Der Änderungsantrag den vorherigen Satz zur Aufnahmen rechter und rassistischer Gewalt in die Erinnerungskultur konkretisieren. Im Rahmen der NSU-Aufarbeitung haben wir uns bereits mit dem Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2021 als Konsequenz für ein NSU-Doku-Zentrum sowie ein NSU-Archiv stark gemacht. Beide Forderungen konnten wir erfolgreich im Koalitionsvertag der Ampel verankern.

Das NSU Dokumentationszentrum wurde durch RAA Sachsen konzipiert und durch das BMI mit Machbarkeitsstudien begleitet werden. Auf Basis der bisherigen Vorarbeiten wurde durch das BMI im Laufe der Legislatur sogar das Gesetzgebungsverfahren für die entsprechenden Stiftung erarbeitet [1]. Durch das grün geführte Kulturstaatsministerium und die ehemalige grüne Justizministerin in Sachsen wurde zudem die Pilotphase im Rahmen der Kulturhauptstadt für ein Jahr finanziert [2]. Das Projekt ist dauerhaft an einem durch die Angehörigen unterstützen Standort umzusetzen.

Das Archiv rechte Gewalt befindet sich unter Federführung von Kulturstaatsministerium und nachgelagerter Behörden in der entsprechenden Aufbauphase, um künftig in einem Archivportal die Akten, Dokumente, etc. im Zusammenhang mit dem NSU, der dazugehörigen Netzwerke und des Rechtsterrorismus in der Bundesgeschichte zugänglich zu machen und das Transparenzversprechen zu erfüllen. [3]

Beide Projekte sind in Pilotphasen und daher nur kurzfristig finanziert und benötigen für ihre weitere Umsetzung verbindliche Unterstützung der nächsten Bundesregierung. Daher ist es notwendig, dass wir uns klar zu beiden Projekten und damit zu unserer gesellschaftlichen Verantwortung aus dem NSU-Komplex bekennen. Ferner ist es auch richtig, dass wir unsere Erfolge und den Fortschritt in dem entsprechenden Bereich im Wahlprogramm außenwirksam kommunizieren.

[1] https://www.kulturstaatsministerin.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2024/11/2024-11-05-NSU-Komplex-Chemnitz.html
[2] https://www.mdr.de/nachrichten/sachsen/chemnitz/nsu-dokumentationszentrum-kulturhauptstadt-kultur-news-100.html

[3] https://www.fiz-karlsruhe.de/sites/default/files/FIZ/Dokumente/Pressemitteilungen/FIZ/2024/pm-rechteGewalt-202412-de.pdf